

Integrationspolitik richtet sich nach der Tradition

Integration hat in den Ländern Europas den Rang eines zentralen politischen Themas erlangt. Obwohl die Innen- und Justizminister der Europäischen Union 2004 mit ihren «Gemeinsamen Grundprinzipien zur Integration von Einwanderern» auf politischer Ebene eine Einigung erzielten, folgt die Integrationspolitik der einzelnen Länder weiterhin nationalen Traditionen. Unterschiede lassen sich im Hinblick auf die staatliche, zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Öffnung feststellen.

Schon äusserlich unterscheidet sich das Bild der Einwanderer in England und in Frankreich. In England versucht man, Eigenheiten der Kleidung von Minderheiten wie die Turbane der Sikhs, die Kopftücher der muslimischen Frauen und sogar die Haartracht der Rastafaris in das offizielle Erscheinungsbild zu integrieren. Das gilt auch für Hoheits- und Uniformträger wie Polizisten, Busfahrer oder Feuerwehrleute. Kopftücher gelten nicht als Problem, sondern als kulturelles Recht. Ganze Stadtteile sind sichtbar von bestimmten Einwanderergruppen geprägt, es gibt islamische ebenso wie katholische, anglikanische oder jüdische Privatschulen. Unterschiede gelten als legitim und Grossbritannien definiert sich offiziell als «multikulturelle Gesellschaft».

Frankreich: Ablehnung der Unterschiede

Ganz anders Frankreich: Ideal ist dort die «republikanische Gleichheit» aller, verbunden mit der Idee des «Universalismus», also der gleichen Rechte und Position für alle. «Nous entendons par nation une société matériellement et moralement intégrée, à pouvoir central stable, permanent, à frontières déterminées, à relative unité morale, mentale et culturelle des habitants qui adhèrent consciemment à l'Etat et à ses lois», schreibt Dominique Schnapper, Mitglied des Verfassungsrates («Unter dem Begriff der Nation verstehen wir eine materiell und moralisch integrierte Gesellschaft, mit einer stabilen, zentralen Regierung, innerhalb klar definierter Grenzen, deren Bewohnerinnen und Bewohner im Hinblick auf die Werte, das Denken und die Kultur



eine Einheit bilden und dem Staat und seinen Gesetzen bewusst zustimmen»). Dementsprechend sind Zeichen der Besonderheit unerwünscht. Das Verbot des Kopftuchs und anderer religiöser Zeichen in den französischen Schulen – eine Massnahme, in der die republikanische Linke und die gaullistische Rechte übereinstimmen – stellt den vorläufigen Höhepunkt der Ablehnung von Unterschieden dar. Während viele Muslime zunächst protestierten, schlossen sie sich hinter der Republik zusammen, als irakische Extremisten mit einer Entführung das Kopftuchverbot kippen wollten. In der jüngsten Abstimmungskampagne um die europäische Verfassung waren die Muslime gar europäischer als ihre Landsleute einheimischer Herkunft, die «Français de souche»: Die muslimischen Organisationen sprachen sich mehrheitlich für die Verfassung aus.

In Frankreich sind Herkunftsunterschiede in der Wissenschaft ebenso wie in der öffentlichen Diskussion tabu, während sie in den angelsächsischen Ländern die Essenz der Forschung ausmachen. So wurde die französische Soziologin Michèle Tribalat angegriffen und des Rassismus bezichtigt, weil sie differenzierende Statistiken zur Integration an Hand der Herkunft verschiedener Einwanderungsgruppen erstellt hatte. Andererseits wird der Begriff «race relations» in Grossbritannien immer noch offiziell verwendet und es gibt auf allen Ebenen Institutionen, die sich damit beschäftigen – dies obwohl die wissenschaftliche Diskussion inzwischen den Rasse-Begriff meidet, weil dieser die Existenz von Rassen voraussetzt und damit Rassismus evokiert. In der offiziellen Volkszählung wird nach einer bunten Mischung von ethnischen, rassistischen und herkunftsbezogenen Kriterien wie asiatisch, afrikanisch und afro-karibisch kategorisiert, die ihre Trennschärfe aus dem Gegensatz zu dem Begriff «white» gewinnen, der Europäer und Amerikaner beschreibt. In der französischen ebenso wie in der deutschen Statistik dagegen ist jedes ethnische oder rassistische Kriterium tabu, und es kann nur nach der Staatsangehörigkeit oder dem Geburtsort gefragt werden.

Grossbritannien: Politische Mitgestaltung

In England wird die Integration von einer bunten Vielfalt unterschiedlicher Organisationen und Aktivitäten getragen, einschliesslich eines grossen ehrenamtlichen Engagements der Einwanderer. In der Öffentlichkeit und in den Medien sind die unterschiedlichen Einwanderergruppen stark präsent. Sie vertreten ihre Interessen selbst und setzen sich durchaus auch mit staatlichen Autoritäten auseinander. Diskriminierungsbekämpfung und Diskriminierungsvorwürfe sind kontroverser Gegenstand öffentlicher Debatten. Menschen mit Migrationshinter-

grund sind im Unterhaus ebenso wie im Oberhaus vertreten, und die vier muslimischen Unterhaus-Abgeordneten haben sich nach den Anschlägen in London öffentlich deutlich zu Wort gemeldet. Da die Einwanderer überwiegend Labour wählen und auch durch Labour-Abgeordnete vertreten werden, sind sie seit Jahrzehnten Objekt und inzwischen auch Subjekt der politischen Auseinandersetzung.

Obwohl es in Frankreich fünf Millionen Menschen gibt, die aus Nordafrika und Afrika südlich der Sahara eingewandert sind oder deren Vorfahren von dort stammen, sind sie weder in der Nationalversammlung noch im Senat präsent. In der Öffentlichkeit spielen Einwanderergruppen nur eine geringe Rolle. Die grosse Ausnahme war die Protestbewegung der «Beurs», der Einwanderer der zweiten Generation, nach der Erschiessung eines jungen Maghrebiners durch die Polizei in den achtziger Jahren unter dem Motto «Ne touche pas à mon pote». Sie wurde von Präsident Mitterrand diskret gefördert und führte seiner Sozialistischen Partei Wähler und Aktivisten zu. Innenminister Sarkozy hat im Jahr 2004 demonstrativ einen Muslim zum Präfekten eines Departments ernannt. Seine Begründung, Bürger mit Einwanderungshintergrund müssten gefördert werden, löste umgehend eine Kontroverse aus. Präsident Chirac verwies auf die republikanische Gleichheit und die Bestenauswahl – Kriterien, die den Migrantinnen und Migranten aber bisher wenig geholfen haben. Deshalb gibt es seit 1981 faktisch auch in Frankreich besondere Förderungsanstrengungen im Städtebau und im Schulwesen. Elf Prozent der Schulkinder werden in sogenannten «Zones d'Education Prioritaire (ZEP)» unterrichtet, in denen mehr Mittel und mehr Lehrer eingesetzt werden. Dabei wird aber streng darauf geachtet, dass es bei einer geografischen Definition benachteiligter Gebiete bleibt und es keine besondere Erwähnung von Herkunftsgruppen gibt. Faktisch geht es aber um die Sozialwohnungsgebiete in der Peripherie von Paris, Lyon, Marseille und Lille, in denen konzentriert Einwanderer aus den früheren Kolonien leben.

Das britische und das französische Modell der Integration ist jeweils in sich stimmig und verkörpert spezifische Ideen der Nation, die eine lange Geschichte haben, der Struktur der beiden Nationen selbst entsprechen und auch in der Kolonialzeit angewendet worden sind: *direct rule* in den französischen Kolonien und *indirect rule* in der britischen. In der Praxis verhindert allerdings weder das multikulturell-pluralistische noch das republikanisch-egalitäre Modell Benachteiligung und Diskriminierung: Ein grosser Teil der Franzosen arabischer und afrikanischer Herkunft lebt in Trabantenstädten und ist arbeitslos. In Grossbritannien sind trotz annähernder Vollbeschäftigung ein Viertel der 150 000 Akademikerinnen und Akademiker muslimischer Religion arbeitslos, wie eine neue Untersuchung der britischen Regierung aufzeigt. Die beiden Modelle erlauben es allerdings, sich gegenüber derartigen Problemen zu immunisieren. In den luftigen Welten des Republikanismus und des Multikulturalismus kann man sich intellektuell wohl fühlen, auch wenn die Realitäten für die Betroffenen weniger angenehm sind. In der Praxis gibt es aber eine Übereinstimmung: In beiden Ländern führt die Zuweisungspraxis der Wohnungsbürokratien dazu, dass bestimmte Einwanderergruppen konzentriert zusammenleben und ausgegrenzt werden: in Frankreich an der Peripherie der grossen Städte, in Grossbritannien eher in den Stadtzentren oder in Zentrumsnähe.

Deutschland: zwischen Multikulturalismus und Republikanismus

Deutschland hat kein derart verankertes und in sich stimmiges Modell. Die Praxis orientiert sich sowohl am Republikanismus wie auch am Multikulturalismus. Da das angelsächsische Modell weltweit dominierend ist, ist seine Anhängerschaft auch in Deutschland deutlich grösser. Zudem korrespondiert die Idee des Multikulturalismus mit einer deutschen Tradition, die, von Herder inspiriert, davon ausgeht, dass man bei der Identität bleiben sollte, in die man geboren wird.

Ein Überblick über die dominanten Grundideen und die damit verbundenen Öffnungsstrategien in Deutschland zeigt, dass die wirtschaftliche Dynamik, der Sozialstaat und die europäische Integration im Hinblick auf Öffnungsstrategien eine wichtige Rolle spielen. Einwanderung galt in den Anfangsjahren zu Recht als Bestätigung und gleichzeitig als Dynamisierung des «Wirtschaftswunders», obwohl sich die Deutschen gerade in den Jahren der starken Einwanderung 1968–73 von ihren ökonomischen Tugenden verabschiedeten: Sie arbeiteten weniger, machten öfters Urlaub, liessen ihre Kinder immer länger studieren und bauten ihren Sozialstaat aus. In den Ausbau des Sozialstaats wurden allerdings auch die Einwanderer einbezogen: Sie erwarben und erhielten Rechte in der Rentenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung. Während die Einbürgerungsraten bis 1999 sehr niedrig blieben,



wurde allen ausländischen Arbeitnehmenden 1972 das aktive und passive Wahlrecht in den Betriebsräten zuerkannt. Dies stellte die Öffnung einer Institution dar, die in den deutschen Betrieben sehr relevant ist und gut funktioniert. Innerhalb der Betriebe wurden nun deutsche und ausländische Arbeitskräfte weitgehend gleich behandelt.

Die politische Forderung nach der Öffnung sozialer und wirtschaftlicher Institutionen und die Gleichstellung der Ausländerinnen und Ausländer harmonierte mit der europäischen Integration, die diese Prinzipien – zumindest für die Angehörigen der Mitgliedstaaten – europaweit durchsetzte. Die deutsche Anwerbung von Arbeitskräften beschränkte sich demgemäß weitgehend auf Europäer, wobei der europäische Status der Türkei immer umstritten blieb. Auf die wirtschaftlichen Probleme seit den Ölkrisen von 1974 und 1979 reagierte Deutschland allerdings mit einem zeitweiligen Ausschluss neuer Einwanderer vom Arbeitsmarkt, insbesondere von Familienangehörigen und Asylsuchenden.

Mit der Krise des Wirtschaftsstandorts Deutschland und der Finanzierung des Sozialstaats ist auch eine Krise der Integration verbunden. Diese wurde weitgehend von sozialstaatlichen

Politica d'integrazione nella scia della tradizione nazionale

La politica d'integrazione dei Paesi europei si situa ampiamente nella scia di tradizioni nazionali. Essa risponde pertanto meno ai bisogni e alle caratteristiche degli immigrati che a considerazioni radicate nelle origini stesse dello Stato ospite. Due prototipi opposti di questa impostazione della politica d'integrazione sono dati dalla Gran Bretagna, con la sua identità pluralistica e multiculturale, e dalla Francia, dall'identità repubblicana e assimilativa. Germania e Svizzera non possiedono una tradizione integrativa altrettanto netta, bensì perseguono soluzioni dettate dallo Stato sociale e caso per caso. Più che da modelli o programmi speciali, il successo o l'insuccesso dell'integrazione dipendono da fattori quali la struttura occupazionale, la qualità integrativa del sistema scolastico e formativo nonché la ripartizione spaziale dei gruppi di immigrati.

91

Stéphane Richard, *assistance technique*
TV Bourdo-Net

«...chacun peut trouver sa place dans cette télévision, en respectant les autres, évidemment.»



Prinzipien her konstruiert und war von Anfang an auf die Betreuung und Beratung der «Gastarbeiter» und der Flüchtlinge angelegt. War dabei einerseits ein gewisser Paternalismus zu kritisieren, so waren die Sozialverbände und die mit ihnen verbundenen Kirchen doch von Anfang an Fürsprecher für die Migrantinnen und Migranten, allerdings mit der Folge, dass diese selbst und ihre Selbsthilfe-Organisationen weniger wahrgenommen wurden als in England. In biblischer Diktion verstanden sich die kirchlichen Wohlfahrtsverbände als «Mund der Stummen». Ironischerweise waren kirchliche Institutionen für Migrantinnen und Migranten und für ihre in Deutschland geborenen Kinder nicht von grosser Offenheit geprägt. Gerade in kirchlichen Organisationen war es für sie besonders schwer, Positionen zu erlangen.

Schlussprozess in der Schweiz

In der Schweiz folgt die Romandie tendenziell dem republikanischen Modell, während sich die Deutschschweiz eher am multikulturellen Modell orientiert. Obwohl man sich als «Willensnation» versteht, in der Phase der liberaldemokratischen Revolution politisch sehr offen für Migranten und Flüchtlinge war, und das Land auch heute ein Ort erfolgreicher wirtschaftlicher Internationalisierung ist, hat sich im 20. Jahrhundert ein mentaler Schlussprozess vollzogen, der sich mit der Idee vom «Sonderfall Schweiz» verbindet. Dieser versteht die Schweiz nicht universalistisch, sondern eher exklusiv, was das Hineinwachsen der ausländischen Bevölkerung erschwert. Die innere Differenzierung nach Kantonen verstärkt diesen Effekt der Be-

sonderheit, die wachsende Bedeutung des Schweizerdeutschen in der Deutschschweiz tut ein Übriges. Andererseits hat die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, mit der die Schweiz eine positive Ausnahme in Europa darstellt, sehr positive Auswirkungen gehabt, da der Kern der gesellschaftlichen Anerkennung in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit liegt.

In allen Einwanderungsländern prägen also die nationalen Strukturen und das eigene Selbstverständnis die Art der Integration und die Strategien der institutionellen Öffnung. Wie in den anderen grossen Einwanderungsländern ist der öffentliche Diskurs auch in der Schweiz vielfach von den realen Problemen der Einwanderer weit entfernt. Wichtiger als neue Modelle der Integration und besondere Förderungsprogramme sind ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt, ein erleichterter Erwerb der Staatsangehörigkeit, die volle rechtliche Gleichberechtigung und die öffentliche Anerkennung der vollen Zugehörigkeit der



Einwandernden zur Gesellschaft. Stattdessen machen sich – und dies nicht nur in der Schweiz – immer neue Wellen von alarmistischen und ausgrenzenden Tendenzen bemerkbar, die zum Teil in der jeweiligen nationalen Geschichte begründet sind, zu anderen Teilen aber auch transnational vermittelt werden. So rief der deutsche Innenminister Otto Schily nach dem Mord an Theo van Gogh aus: «Holland ist überall» – auch wenn die Situation in Deutschland selber friedlich blieb.

Bibliografie:

Thränhardt Dietrich (Hg.). 2003: Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat, Sonderheft Levithan, Wiesbaden.

Thränhardt Dietrich und Weiss Karin (Hg.). 2005: Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg.

Rahim Mohammadi, présentateur de l'émission d'informations de TV Bourdo-Net
«Il faut créer l'ambiance de participer dans la vie quotidienne.»

